

STATUT UNIQUE

Jahrhundertreform



Arbeiter und Angestellte - gleiche Beiträge und gleiche Leistungen ab 2009?
(Foto: Archiv)

Als einzige "strukturelle" Reform der Tripartite gerät die Einführung eines einheitlichen Arbeitnehmerstatuts zunehmend in die Kritik.

"Der Premier hat in der Tripartite eigenhändig mit dem Kugelschreiber den Kompromiss zu Papier gebracht, das war der Konsens aller Anwesenden, an den wir uns halten wollen." Jean-Jacques Rommes, Präsident der Bankervereinigung ABBL, war sichtlich erregt, als er zusammen mit der "crème de la crème" des Luxemburg Patronats am Montag der Presse in Sachen Einheitsstatut von Arbeitern und Angestellten Rede und Antwort stand. Junckers "Herzenssache", die Abschaffung unterschiedlicher Regelungen für ArbeiterInnen und Angestellte, war den Patronatsvertretern in den Tripartite-Verhandlungen abgerungen worden, quasi als Obolus für das zeitweise Aussetzen des Indexmechanismus.

Der von Juncker verfasste Kompromiss zielte unter anderem darauf ab, das System der Lohnfortzahlung bei den Arbeitern dem der Privatbeamten anzugleichen. Konkret heißt das, dass in den ersten 17 Wochen der Arbeitgeber den Lohn des Arbeitnehmers zahlen muss. Inzwischen liegt ein Vorschlag seitens der Regierung vor, diese Frist im einheitlichen System auf 13 Wochen zu verkürzen.

Bislang werden diese Kosten bei den Arbeitern vom ersten Tag an von der Krankenkasse übernommen. Daraus ergeben sich für sie wesentlich höhere Beiträge zur Krankenversicherung als für Angestellte. Junckers Manuskript enthielt aber auch jenen ominösen Satz, der jetzt für so manches Kopfzerbrechen sorgt: "La réalisation du statut unique ne conduira pas à des charges financières supplémentaires pour l'économie dans son ensemble."

Die Arbeitgeber lesen daraus, dass es für keinen von ihnen zu wirtschaftlichen Nachteilen kommen kann. Genau dafür können nach ihrer Einschätzung jedoch

die von der Regierung bislang in die Diskussion eingebrachten Vereinheitlichungsregelungen nicht garantieren: "Es wird mutwillig ein Loch in die Kassen der Betriebe gerissen, um dann im Nachhinein böswillig dem Patronat zu unterstellen, sie würden sich dem einheitlichen Statut verweigern", so Jacques Rommes weiter. Sein Verband, der fast ausschließlich Angestellte beschäftigt, erklärt sich solidarisch mit den anderen Sektoren, denen das Einheitsstatut sicherlich noch mehr Kopfzerbrechen macht. Aber auch die Banker gehören nicht zu den Gewinnern: Die Krankenkassenbeiträge der Angestellten werden im angestrebten einheitlichen Regime höher liegen als das jetzt der Fall ist. Diese Mehrkosten werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen getragen. Von einem Tag auf den anderen höhere Soziallasten zahlen zu müssen, das hören die zumeist ausländischen Arbeitgeber der Bankbranche gar nicht gern.

Die Union des Entreprises du Luxembourg (UEL), der Dachverband sämtlicher Patronatsverbände, verweist deshalb auf ihre im August vorgelegten Vorschläge in Sachen Einheitsstatut: Wenn die Arbeitgeber in Zukunft über Wochen für die Lohnfortzahlung der ArbeiterInnen aufkommen müssen, dann brauchen sie dafür auch das gleiche Geld, das den Krankenkassen bislang zur Verfügung stand. Dazu gehört auch der Teil des Bruttolohnes der Arbeiter, der im bisherigen Regime von den Arbeitnehmern an die Krankenkasse floss und das sind immerhin 2,4 Prozent. Aus Sicht der "patrons" ist die Rechnung schnell gemacht: Ein Arbeiter, der bislang 2.000 Euro netto verdiente, soll auch nach der Einführung des Einheitsstatuts 2.000 Euro netto verdienen. Ironie des Ganzen: Die nominalen Bruttolöhne müssten demnach gekürzt werden. Des Premiers "Herzenssache" würde also bedeuten, dass gerade die, die aus der Schmach des Arbeiterstatuts herausgeführt werden sollten, als erstes eine Senkung des Nominallohns hinnehmen müssten.

Allerdings sieht der von Juncker formulierte Text vor, dass es durchaus sektorielle Unterschiede gibt, "qui doivent trouver réponse dans le cadre des négociations relatives à la réalisation du statut unique dont le terme est prévu pour la fin de l'année 2006".

Die Gewerkschaften weisen auf die nicht existierende Solidarität zwischen den einzelnen Patronatsvertretungen hin. Die der Handwerksföderation angeglie-

derten Betriebe greifen zum Beispiel auf ein Reservoir von etwa 60.000 ArbeitnehmerInnen zurück. Rund drei Viertel davon werden unter dem Arbeiterstatut geführt. Dass hier ein Einheitsstatut einen schwerwiegenden Einschnitt bedeutet, leugnen OGBL und LCGB nicht und erklären sich bereit, Übergangsregelungen zuzulassen. Bislang beharrt die UEL aber auf ihrer Position, die von ihr vorgeschlagenen Kompensierungszahlungen "definitiv" in das neue Statut einzuschreiben.

Weiter als dieser Streit um Kompensierungen für die zu erwartenden Mehrkosten bei der Lohnfortzahlung dürften aber die Differenzen hinsichtlich der Überstundenregelung und der Entschädigungen bei Entlassungen gehen. Eine Arbeiterüberstunde wird, wenn nicht anders (kollektiv-)vertraglich festgelegt, mit 125 Prozent vergütet, während Privatbeamte einen Zuschlag von 50 Prozent bekommen, also 150 Prozent verdienen. Die UEL sperrt sich hier komplett und sieht Luxemburgs Konkurrenzfähigkeit in Gefahr, sollten die Überstundenregelungen der Privatbeamten auf Industrie und Handwerk übertragen werden.

Zwischen den Zeilen bedeutet dies: Die Harmonisierung der Überstundenregelung soll eher nach unten als nach oben geführt werden. Ein Sozialabbau, den die Gewerkschaften nicht hinnehmen können, nicht zuletzt, weil zu billige Überstunden auch den Flexibilisierungsdruck erhöhen.

Die UEL hat in fast martialischem Ton angekündigt, eine Teuerung ihrer Soziallasten nicht hinzunehmen. "Es rumort an der Basis" meint Paul Reckinger, Präsident der Chambre des Métiers, und er weiß auch schon, wo der Feind steht. Schließlich müsste dann auch eine der beiden Regierungsparteien das Attribut "Arbeiter" aus ihrem Namen streichen, weil es dann keine Arbeiter mehr gäbe.

Der Handwerker-Lobbyist wird aber auch nicht müde, das geringe Interesse, welches die jungen Leute dem Handwerk gegenüber aufbringen zu beklagen: "Es gibt kaum noch Luxemburger bei uns, die im Arbeiterstatut angemeldet sind." Eben, sagen dazu die Gewerkschaften, schon bei der Ausbildung achten die Eltern peinlichst darauf, dass ihre Kinder sich einer "Employés"-Karriere verschreiben. Bildungszweige mit der Perspektive, als "Arbeiter" sein Leben zu fristen, werden gemieden. Ein Einheitsstatut könnte dieser Entwicklung entgegenwirken. Doch dieser Aspekt der Jahrhundertreform scheint bei den Arbeitgebern kaum eine Rolle zu spielen.

Richard Graf

Schießt doch!

Ende November hatten "Reporter ohne Grenzen" Mexiko zum zweitgefährlichsten Land der Welt für Journalisten erklärt. Wie zum Hohn auf diesen Befund wurden dort nun Anfang Dezember die mutmaßlichen Mörder des US-amerikanischen Journalisten Brad Will freigelassen. Der Indymedia-Kameramann war Ende Oktober während einer Demonstration gegen die Regierung im Bundesstaat Oaxaca erschossen worden (woxx 877). Trotz Indizien und mehrerer Zeugenaussagen, wonach die beiden Tatverdächtigen - der Verantwortliche für die öffentliche Sicherheit einer Gemeinde des Bundesstaates sowie dessen Leibwächter - das Feuer auf den Journalisten eröffnet haben sollen, wurden sie nach einmonatiger Untersuchungshaft wieder freigelassen. Der Generalstaatsanwalt von Oaxaca teilte mit, dass der bei der Tötung von Will benutzte Waffentyp nicht mit den Schusswaffen der beiden Verdächtigen übereinstimme.

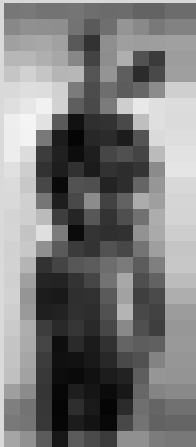
"Reporter ohne Grenzen" werfen den Behörden dagegen vor, dass diese "die Ergebnisse der Autopsie an Brad Will manipuliert haben". Die Freilassung sei "eine regelrechte Beleidigung für das Opfer und eine Ermunterung, Straftaten zu begehen". Bei dem seit einem halben Jahr andauernden Aufstand in Oaxaca sind bislang mehr als zwanzig Menschen getötet worden.

Retour du Congo: un succès fragile

"Mission accomplie", s'est félicité le ministre de l'armée Jean-Louis Schiltz lors de la conférence de presse à l'occasion du retour de deux militaires luxembourgeois actifs au Congo. En effet, les deux tours des élections congolaises se sont déroulés dans un calme relatif, auquel a sans doute contribué la présence des troupes européennes à Kinshasa. Jean-Pierre Bemba, qui a été défait par Joseph Kabila, a fini par accepter le résultat du scrutin. Les craintes d'une révolte armée, face à laquelle le faible contingent européen aurait été impuissant, ne se sont pas vérifiées. Le ministre a d'ailleurs insisté sur le rôle important joué par la diplomatie. Tout n'est pas rose pour autant. Ainsi, avant d'admettre leur défaite, les partisans de Bemba avaient lancé un assaut armé contre la Cour suprême pour obtenir une annulation des élections. Et l'opposition non militarisée réunie autour d'Etienne Tshisekedi refuse de reconnaître un président issu d'un scrutin qu'elle a boycottée. Jean-Louis Schiltz tempère également son triomphalisme d'une mise en garde: "Il ne faudrait pas mettre le Congo aux oubliettes maintenant. Le véritable effort - aide humanitaire, pacification de l'Est, construction d'un Etat de droit - ne fait que commencer."

Bauchweh

Die "Knippercher" einer landbekannten Confiserie scheinen nicht mehr genügend Umsatz zu bringen. Deshalb gilt es neue, originelle Produkte an den Mann, die Frau und vor allem an die Kinder zu bringen. "Negerpüppchen" - die gab es zwar schon einmal vor einem halben Jahrhundert. Aber zum Reinbeißen und auch noch mit adäquatem Hungerbauch - das ist wirklich neu! Die woxx hat endlich ein vernünftiges Werbegeschenk zum Jahresende - vielmehr hatte, denn ideologische Zweifel haben uns davon abgehalten die Dinger in Umlauf zu bringen. Dafür haben wir jetzt Bauchschmerzen, denn unsere Gier war wieder einmal stärker als der Verstand. Strafe muss sein!



Nächste Woche: Die Ware Wein

Brüssel will den europäischen Weinmarkt reformieren. Während in Frankreich bereits Traditionalisten gegen die "nafrageurs du vin" mobil machen, bleibt man diesseits der Mosel bislang gelassen. Welche Folgen wird die geplante Reform für den Miseler Wéngchen haben? Das und Neues in Sachen Miselerland lesen Sie nächste Woche im Dossier.